

## >>> Protokoll des Stadtteilplenums vom 20.10.2009

Datum: 20.10.2009 (19:05 Uhr bis 21.05 Uhr)  
Ort: Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32  
Moderation: Susanne Torka  
Protokoll: Anna Galda  
Teilnehmer: ca. 30 Personen

### Tagesordnung

- TOP 1 Aktuelles aus dem Kiez  
Sabina Hamm: Lern- und Spielgruppe  
Quartiersmanagement Moabit West: Aufruf zur Neuwahl des Quartiersrates  
Katharina Homann: Schule sind wir!
- TOP 2 Haushalt im Bezirk Mitte | Gast: Rainer-Maria Fritsch
- TOP 3 Termine und Sonstiges

---

Das Stadtteilplenum wird von MitarbeiterInnen des IRS aus Erkner für das Forschungsprojekt aufgezeichnet.

---

### TOP 1 Aktuelles aus dem Kiez

#### *Sabina Hamm: Lern- und Spielgruppe*

Aufgrund technischer Probleme wird die Vorstellung der Aktivitäten der „Lern- und Spielgruppe“ ein weiteres Mal vertagt.

#### *Quartiersmanagement Moabit West: Aufruf zur Neuwahl des Quartiersrates*

Heike Thöne vom Quartiersmanagement Moabit West ruft alle Anwesenden dazu auf, sich als Kandidaten für den Quartiersrat zu bewerben. Das Kandidatenformular ist im Vor-Ort-Büro des Quartiersmanagements in der Rostocker Straße 3 oder auf der Homepage des Quartiersmanagement unter dem Link <http://www.moabitwest.de/Quartiersratswahl-2009-Die-KandidatInnen.3167.0.html> abrufbar.

Bis zum 10.11.09 können noch Bewerbungen eingereicht werden. Wer sich nicht aufstellen lassen möchte, sollte in jedem Fall zur Wahl gehen, um seine/n WunschvertreterIn in das Gremium zu wählen. Die Kandidaten für den Quartiersrat stellen sich im Stadtteilplenum am 17. November vor. Die Wahl zum neuen Quartiersrat findet am 24.11.09 statt.

#### *Katharina Homann: Schule sind wir!*

Das Projekt *Schule sind wir! Partizipation fördern an der James-Krüß-Grundschule* (JKG) hat es sich zum Ziel gemacht, ein Schülerparlament an der Schule aufzubauen. Schülerinnen und Schüler der vierten bis sechsten Klasse werden über Funktion und Pflichten von Klassensprechern aufgeklärt und können sich zu diesen wählen lassen. Die gewählten SprecherInnen bilden das Schülerparlament und führen an ihrer Schule, ggf. mit Kooperationspartnern aus dem Kiez, Projekte durch, die sie für wichtig erachten. Die Schülerinnen lernen dabei nicht nur, Kompromisse und Lösungsvorschläge zu diskutieren, sondern werden von Lehrenden und Schulleitung ernst genommen.

Das Projekt befindet sich im Aufbau und läuft bis März 2010. Bis zu diesem Zeitpunkt soll das Parlament in die gegebene Schulstruktur implementiert sein und sich selbst tragen. Eine Mitarbeiterin der Schulstation baut das Parlament gemeinsam mit Frau Homann vom Moabiter Ratschlag e.V. auf und hat bereits ein erstes Pilotprojekt durchgeführt.

Nähere Informationen zum Projekt erhalten Sie bei Frau Homann (Tel.: 030 390812-19) oder auf der Internetseite des Moabiter Ratschlag e.V. (<http://moabiter-ratschlag.de/kinderbuero/schule-sind-wir-partizipation-foerdern-an-der-james-kruess-schule/>).

## **TOP 2            Haushalt im Bezirk Mitte**

### **Gast: Rainer-Maria Fritsch**

Nachdem Herr Fritsch sich kurz vorgestellt und seinen Wechsel in die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (als Staatssekretär für Arbeit und Soziales) angekündigt hat, erfolgt eine Stichwortabfrage im Plenum zu den gewünschten Themen.

Stichworte/ Fragen:

1. Wie kommt der Bezirk Mitte zu seinem Geld?
2. Welche Defizite im Haushalt gibt es und wie sind diese gewichtet?
3. Stand der Liegenschaften/ „Bezirkstafelsilber“
4. Zusammenhang zwischen Bezirksfinanzen und globaler Finanzkrise
5. Warum werden Einrichtungen an private Träger übertragen?
6. Gewährleistung und Sicherung der bezirklichen sozialen Infrastruktur angesichts von Kürzungen
7. Haushaltssperre 2009/2010 – was dann?
8. Kriterien für die Schließung sozialer Einrichtungen. Wie wird entschieden?

Rainer-Maria Fritsch:

Das aktuelle Haushaltsvolumen des Bezirks umfasst 700 Mio. €. Dabei muss man jedoch beachten, dass nur ein Teil der Summe von Bezirk (etwas ein Drittel) eigenständig verwaltet wird. Der Rest (480 Mio. €) wird vom Bezirk nur weitergegeben.

Aus der frei verfügbaren Summe muss der Bezirk Personalkosten, Investitionen und sonstige Ausgaben tätigen. Die sonstigen Ausgaben umfassen die Bewirtschaftung der Gebäude sowie Heizung, Strom u.s.w.

Die Geldzuweisung von der Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) erfolgt über die so genannte Budgetierung. Dabei wird jedem Berliner Bezirk ein Wert zugewiesen. (Frage 1)

Für den Bereich Schule orientiert sich der zugewiesene Wert an den Schülerzahlen im Bezirk. Der sich daraus ergebende Geldbetrag steht dann für den Unterhalt des Schulsystems (Lehrmittel, Reinigung, Schulgebäude) zur Verfügung. In diesem Wert sind die Personalkosten (LehrerInnen) noch nicht enthalten.

Da die Zuweisungen seitens SenFin für den Unterhalt des Schulsystems in Mitte nicht ausreichen, gibt es im Schulbereich ein Defizit von 12 Mio. €.

Den größten Teil der bezirklichen Ausgaben machen die Transferleistungen aus. Die Ausgaben für die anderen Bereiche sind jedoch auch vorhanden, können mit den zur Verfügung stehenden Mitteln von SenFin nur teilweise gedeckt werden. Die „Verlustbringer“ dabei sind: Der Bereich Schule, der Bereich Stadtentwicklung und die sog. geldfinanzierten Betreuungsleistungen. Auch der Bereich Jugend wird vom Bezirk aus eigenen Mitteln mitfinanziert (Ausgaben: Jugend gesamt 2,5Mio. €, davon 1,2 Mio. € SenFin) und schlägt somit im Haushalt zu Buche. (Frage 2)

Um im Bereich Schule die Kosten zu senken, ist es dringend notwendig, den Schulentwicklungsplan zu verabschieden. Gegenwärtig ist das System nicht effizient, da die Schulgebäude zu groß sind und trotzdem in vollem Umfang unterhalten werden müssen. Dies führt zum bereits angesprochenen Defizit in diesem Bereich und belastet den Haushalt. Eine Schließung von Schulstandorten ist deshalb nötig und wurde vom Bezirksamt so auch vorgeschlagen. Sie ist auch deshalb nötig, weil eine Schule nicht innerhalb einer Woche geschlossen werden kann. Der Prozess dauert in der Regel mit Beteiligung aller relevanten Gremien und BVV-Beschluss 12 bis 18 Monate. Erst dann werden auch die Einsparungen wirksam.

Die Frage nach den Liegenschaften des Bezirkes hängt unmittelbar mit dem vorher Genannten zusammen: In 2008 hat der Bezirk mit der Veräußerung von Liegenschaften 8 Mio. € eingenommen, die in den Haushalt geflossen sind. In der Regel werden die zu veräußernden Grundstücke aller Bezirke vom Liegenschaftsfonds (LIFO) verwaltet und veräußert. Aufgrund der globalen Finanzkrise sind die Erlöse aus den Verkäufen in 2009 enorm zurückgegangen, sodass diese keine zuverlässige Einnahmenquelle mehr sind. Die Verkäufe der Grundstücke stellen im Allgemeinen keine Lösung des Problems dar, da diese irgendwann alle verkauft sind. Weiterhin gibt es von der Senatsverwaltung die Vorgabe, dass Erlöse aus Grundstücksverkäufen für die Schuldentilgung der Bezirke genutzt werden sollen und nicht in die laufenden Bezirksausgaben eingehen sollen. (Frage 3 und 4)

Das Tafelsilber des Bezirks stellt also keine Alternative zur Lösung der Finanzierungsfrage dar. Hinzu kommt der Faktor Schuldenbremse. Diese besagt, dass zum Haushaltsausgleich keine neuen Kredite aufgenommen werden dürfen. Um dieses Ziel in Berlin, das derzeit 60 Mrd. € Schulden hat, umsetzen zu können, müssen bereits jetzt Maßnahmen eingeleitet werden, damit das System in 2020 nicht kollabiert.

Die Sicherung sozialer Infrastruktur trotz Kürzungen kann nur auf Landesebene durchgesetzt werden. Am Beispiel Kitafinanzierung lässt sich dies verdeutlichen: Seit 2005 ist die Finanzierung der Kita durch sog. Landesver-

träge gesichert. Die Kitafinanzierung ist damit ein geschützter Bereich, in dem keine Einsparungen durchgeführt werden können seitens des Bezirks. Für die Kinder- und Jugendarbeit gibt es auf Landesebene bisher keinerlei solcher Regelungen. Dies wird zwar immer wieder probiert, jedoch gab es in diesem Bereich noch keine ernsthaften Impulse. (Frage 6) Dies hat zur Folge, dass auch dort nicht vor Einsparungen halt gemacht werden kann. Jedoch wird versucht, diese so zu gestalten, dass trotzdem noch ein intaktes Netz von Jugendeinrichtungen erhalten und ausgebaut werden kann. Bei der Überführung von Jugendeinrichtungen in private Trägerschaft wird deshalb bei der Auswahl darauf geachtet, dass die Träger anerkannt und gemeinnützig tätig sind. Ferner müssen sie einschlägige Erfahrungen nachweisen. (Frage 5)

Bei der Frage nach den Kriterien für die Schließung von Einrichtungen (betrifft nur Senioren- und Jugendeinrichtungen, keine Schulstandorte) wird jede Liegenschaft einzeln betrachtet und nach ihrer sozialräumlichen Bedeutung bewertet. D.h. wie groß ist der Einzugsbereich der Einrichtung, welche Zielgruppe wird angesprochen, gibt es in der Nähe vergleichbare Angebote? Auch hier schlägt sich das Problem zu vieler Liegenschaften, die nicht effizient genutzt werden, nieder.

Abschließend die drängende Frage, wie sich eine Haushaltssperre auf die Bezirksaktivitäten auswirken wird. Die gegenwärtig aktive Haushaltssperre hat keine Auswirkungen auf die laufenden Projekte, da diese bewilligt sind. Für 2010 ist dies offen. Bei einer Haushaltssperre werden nur die nötigsten Ausgaben getätigt, um das System am Leben zu erhalten. Das heißt, es werden keine neuen Projekte initiiert und auch frei gewordene Stellen werden bis auf Weiteres nicht neu besetzt. Wenn die BVV am 12.11.09 nicht dem Haushaltsvorschlag zustimmt, wird der Bezirk ab dem 1.1.2010 in eine vorläufige Haushaltswirtschaft gehen und ist damit so gut wie nicht handlungsfähig.

Frage/Anmerkung: Werden die Jugendeinrichtungen dann trotzdem an private Träger übertragen?

Antwort Rainer-Maria Fritsch: Wenn es in der BVV dazu keinen Beschluss gibt, kommt es auch zu keiner Übertragung.

Frage/Anmerkung: Es ist klar, dass das vom Senat für den Schulbereich zugewiesene Geld für Mitte nicht ausreichend ist und der Senat weiß das. Andererseits fehlt die Diskussion des Bezirks in der Öffentlichkeit mit dem Senat darüber. Es sollte mehr Druck ausgeübt werden.

Antwort Rainer-Maria Fritsch: Die Senatsverwaltung hat ein starres System zur Zuteilung der Gelder: Die Bezirke machen eine Kostenaufstellung für die Leistungen, die sie anbieten müssen. Daraus erstellt die Senatsverwaltung eine Rangfolge mit dem Bezirk mit den wenigsten Ausgaben an erster Stelle. Aus dem Plätzen 6 und 7 der insgesamt 12 Plätze wird dann ein Median gebildet. Dieser Ausgangswert wird multipliziert mit der Anzahl der Produkte (z.B. SchülerInnen) im Bezirk und das ergibt den zugewiesenen Betrag. Sonderfinanzierungen sind nicht vorgesehen. Mittes Problem ist, dass es für die vielen Schulgebäude zu wenig Schüler hat und deshalb diese (Gebäude) teilweise reduziert werden müssen.

Frage/Anmerkung: Mein Sohn ist in einer Klasse mit 28 Kindern. In meinen Augen ist das Problem die Klassenfrequenz. Wenn die Klassen kleiner wären, würde man die Räume in den Schulen auch ausnutzen und eine Einzelförderung wäre möglich. Durch die Einsparungen werden die Klassenfrequenzen erhöht und die Räume stehen leer. Das ist ein Widerspruch.

Antwort Rainer-Maria Fritsch: 66 000 haben den Volksentscheid des Kitabündnisses unterstützt. Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, dass Elterengagement etwas bewirken kann.

Frage/Anmerkung: Es ist nicht gut, wenn es immer einen Volksentscheid braucht, um soziale und vernünftige Entscheidungen herbeizuführen, weil die Politik dazu nicht in der Lage ist.

Frage/Anmerkung: Das Problem der Schulschließung gäbe es nicht, wenn die Senatsverwaltung die Klassenfrequenz verringern würde. Dann gäbe es auch keinen Raumüberschuss und die Kinder könnten in einer vernünftigen Atmosphäre lernen. In einer Fernsehsendung zum Thema schulische Ausbildung in den Ländern wird Berlin nicht mehr genannt. Da stellt sich schon die Frage, inwiefern die Stadt Bildungsverantwortung übernimmt. Hier im Bezirk werden bei einer solchen Senatspolitik nicht Leistungserbringer, sondern Leistungsbezieher produziert. Der Bezirk sollte sich so langsam die Frage nach seinen Entwicklungsschwerpunkten stellen und dann ein Konzept erarbeiten, wie diese Schwerpunktsetzung angesichts der Haushaltslage quersubventioniert werden kann aus allen Bereichen.

Antwort Rainer-Maria Fritsch: Ich kann dem nur zustimmen. Allein im Jugendbereich müssen 1,4 Mio. € eingespart werden, um diese in den Bereich Schule zu investieren. Dies müssen andere Einrichtungen auch tun, wenn der Schulbereich nicht weiter eingekürzt werden soll. Die Bibliotheken machen dies bereits.

Frage/Anmerkung: Bei der Zuweisung der Gelder gibt es einige systembedingte Fehler: Die Einnahmenvorgaben, die nicht ausreichende Korrektur der Zahlungen für gesetzliche Leistungsansprüche durch den Senat an die Bezirke, das Normierungsverfahren. Trotzdem stecken im Haushalt noch Potenziale, bestimmte Kürzungen abzuwenden.

Frage/Anmerkung: Der soziale Hintergrund bedingt die persönliche Entwicklung der Kinder. Es werden sog. Deutschklassen eingeführt, mit denen um die Kinder aus besser betagten Familien gebuhlt wird. Der Rest wird ignoriert und fällt hinten runter.

Rainer-Maria Fritsch: Der Bezirk verzichtet zwischen 2008 und 2011 komplett auf Investitionen, um die dadurch frei werdenden 4 Mio. € in den laufenden Betrieb zu stecken. Es sind enorme Interessenskonflikte, die hier ausgetragen werden müssen, denn dies bedeutet, dass die bezirkliche Infrastruktur nicht vernünftig gepflegt werden kann und so bleiben muss, wie sie ist. Das Problem verschlimmert sich, wenn der Haushalt nicht beschlossen wird und der Bezirk so komplett handlungsunfähig ist. Leider konnte bisher nicht der Bürgerhaushalt in Mitte eingerichtet werden, denn durch dieses Instrument würden die Bürger mitdiskutieren können und der Haushalt könnte dann auf den Schultern vieler ausgehandelt und getragen werden.

Festzuhalten ist, dass die derzeitigen Diskussionen vor Allem deshalb geführt werden, „weil der Rotstift kommt“. Wichtig ist aber für die Zukunft, dass über ein tragfähiges Finanzierungskonzept im Einklang mit den Konsolidierungsabsichten des Bezirkes diskutiert wird.

Frage/Anmerkung: Zum Thema Klassenfrequenzen sagte Frau Bezirksstadträtin Hänisch auf Nachfrage bei einer Sitzung, dass die Gebäudeauslastung bei einer Klassenfrequenz von 22 Schülern ausgeglichen wäre. Sollte sich die Senatspolitik ändern und die Erhöhung der Klassenfrequenzen zurückgenommen werden, dann müssten Schulschließungen zurückgenommen werden.

Frage/Anmerkung: Können Sie die Kriterien zu der Entscheidung für die Schließung von Einrichtungen noch einmal genauer erläutern?

Antwort Rainer-Maria Fritsch: Bei den Kriterien geht es um den Sozialraum, in dem sich die Einrichtung befindet. Dieser ist zumeist eine über längere Zeit gewachsene Struktur. Daraus ergibt sich die Tatsache, dass bestimmte Gebäude nicht geschlossen werden können und auch nicht so einfach einer anderen Nutzung zugeführt werden können. D.h. es muss dann überlegt werden, wie das Gebäude und seine Nutzungen weiter entwickelt und qualifiziert werden kann, um so auch langfristig im Quartier bestehen zu können. Diese Gebäude können so zu wichtigen Ausstrahlungsorten im Kiez werden und diesen stabilisieren, um Kinder- und Jugendarbeit langfristig am Standort zu sichern.

Frage/Anmerkung: Wie wirken sich die Schulden Berlins mittelfristig (in den nächsten zwei Jahren) im Bezirk aus? Und: Warum richtet der Bezirk nicht mehr Zonen für die Parkraumbewirtschaftung ein, wenn das eine der wenigen Einnahmequellen ist?

Antwort Rainer-Maria Fritsch: Zur ersten Frage ist zu sagen, dass die Finanzknappheit in den kommenden Jahren noch stärker ausgeprägt sein wird, da durch den Länderfinanzausgleich mehrere 100 Mio. € wegfallen werden. Dies wird sich auch auf die Bezirke und deren Budgets niederschlagen. D.h. es muss schon jetzt über langfristige Finanzierungsmodelle für die Bezirke nachgedacht werden.

Bei der Parkraumbewirtschaftung ist es in der Tat so, dass dies eine der wenigen Einnahmequellen des Bezirks neben Gebühren aus dem Ämtern und Kursentgelten aus Volkshochschule etc. ist. Im vergangenen Jahr hat der Bezirk mit der Parkraumbewirtschaftung 4 Mio. € eingenommen, womit ebenfalls der Bereich Schule subventioniert wurde.

Es wurde vorhin schon einmal kurz angesprochen bei den Zuteilungsmechanismen der Senatsverwaltung: Bei der Budgetierung wird auch immer eine Einnahmenvorgabe von den Bezirken abgefragt. Wenn man einmal zu viele Einnahmen hatte, wird man auf einem höheren Niveau eingestuft und bekommt dann noch weniger Geld zugewiesen.

Frage/Anmerkung: Die Quintessenz aus der bisherigen Diskussion scheint zu sein, dass der Bereich Schule das größte Defizit ist, weil es eine größere Klassenfrequenz gibt. Ich bin der Meinung, die hohe Klassenfrequenz verursacht das Defizit.

Außerdem: Wenn die H.R.E. mit 100 Mrd. € und der Begründung Systemrelevanz subventioniert wird, dann sollte der Senat einmal beigebracht bekommen, dass Mitte ein systemrelevanter Bezirk ist und deshalb auch subventioniert werden muss.

Frage/Anmerkung: Die größte Schuldenlast, große strukturelle Defizite – ob mit oder ohne Haushalt: Wie kann der Bezirk überhaupt handlungsfähig werden?

Antwort Rainer-Maria Fritsch: Der Bezirk ist strukturell extrem schwer gestellt und in einzelnen Bereichen ist die Situation besonders hart. Gerade deshalb muss in den Jahren 2011 bis 2013 ein scharfer Konsolidierungskurs gefahren werden, um den Bezirk grundsätzlich handlungsfähig halten zu können. Dies bedeutet in jedem Fall die Schließung von Schulgebäuden, um die Kosten bei der Gebäudeunterhaltung zu senken. Jedoch würde ich Schließungen im Grundschulbereich nicht befürworten, in den weiterführenden Schulen wäre dies eher anzudenken, da den Jugendlichen weitere Schulwege eher zuzumuten sind.

Schule muss sich diesem Prozess inhaltlich stellen und öffnen. Sie nimmt vieles mit, gibt aber nur wenig zurück und grenzt sich damit nach außen ab. Es müssen tragfähige Kompromisse gefunden werden.

Frage/Anmerkung: Seit 1983 hat sich viel im Quartier verändert. Die Schülerstruktur auch und viele Kinder aus Analphabeten-Familien fallen im gegenwärtigen System durch das Raster. Vermehrt ist der Trend zur Bildungsmigration zu beobachten – wir steuern auf eine regelrechte Bezirksverslummung zu, wenn nicht mehr Potenziale zum Geld eintreiben gefunden werden.

Antwort Rainer-Maria Fritsch: Der Bezirk fördert den Bereich mit 4,6 Mio. €, weitere 4,6 Mio. € sind QM-Mittel. 25% aller QM-Mittel landen im Bezirk Mitte.

Über die Grundschulen muss noch einmal gesondert diskutiert werden, da dieser Bereich mit seinen eigenen, ganz spezifischen Herausforderungen umzugehen hat. Dabei sollte die Art und Weise der QM-Förderung auch einmal hinterfragt werden, wenn man von Ansatz der Nachhaltigkeit von Projekten ausgeht.

Frage/Anmerkung: Es sollte nicht nur der Bezirk, sondern auch Berlin betrachtet werden. Dann stellt man auch fest, dass nicht kein Geld vorhanden ist. 260 Mio. € für die Oper, 500 Mio. € für das Stadtschloss, 30 Mio. € für eine Kunsthalle... Ich kann nur an Sie appellieren, dass dem Senat vom Bezirk auf die Füße getreten werden muss und dass Bildung, Jugend und Integration als Priorität gesehen werden müssen, wenn Berlin eine Zukunft haben soll!

Frage/Anmerkung: Alle sprechen von Bildung als wichtigster Aufgabe. Ich schlage einen Schulrettungsschirm vor. Auf die 10 Mrd. € Schulden mehr kommt es nicht an, aber die sind dann wenigstens nachhaltig angelegt.

Rainer-Maria Fritsch: Es ist immer wieder festzustellen, dass solche Runden wie diese gut für den Austausch sind. Aus der heutigen nehme ich mit, dass die Mehrheit den Handlungsschwerpunkt im Bildungsbereich sieht. Wenn das der Fall ist, dann sollte sich diese Mehrheit auch dahinter stellen. Der Bezirk hat sich bisher leider nicht dazu entschieden, klar Stellung zu beziehen und sich selbst eine strategische Ausrichtung zu geben. Aber selbst wenn dieser Schwerpunkt gesetzt ist, müssen Kompromisse geschlossen werden. Dies bedeutet auch, dass sich die Schulen öffnen müssen. Das Ziel sollte sein: Sicherung der Grundschule als erste Schulform und dafür in verträglichem Maße bei den Oberschulen kürzen und Kompromisse bei den Klassenfrequenzen eingehen.

## TOP 3 Sonstiges und Termine

### *Quartiersratsmitglied geehrt*

Der Ehrenamtspreis der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte (BVV Mitte) ist an das Mitglied und den Sprecher des Quartiersrates aus Moabit West Norbert Onken verliehen worden. Das Stadtteilplenum gratuliert herzlich dazu.

### *Stand der Dinge Reformationskirche/ Schulname*

Im Stadtteilplenum im Juni berichtete ein Vertreter der Landeskirche ausführlich zum Stand der Dinge zum Verkauf der Reformationskirche.

Die BVV Mitte hat dazu in ihrer Sitzung am 15.10. beschlossen: „Das Bezirksamt wird *eindringlich* gebeten, beim Verkauf der Reformationskirche im Beusselkiez die Käuferin (Berliner Stadtmission) und das Kirchliche Verwaltungsamt zu überzeugen, dass unter Einbeziehung der Akteure vor Ort ein Nachnutzungskonzept erstellt wird, damit die Kirche weiterhin als Begegnungsort erhalten bleibt.“ (Entnommen aus Drucksache 1370/III, Beschluss vom 15.10.09, Quelle: <http://www.berlin.de/ba-mitte/bvv-online/vo020.asp>, Zugriff: 28.10.09).

Die BVV setzt sich dafür ein, dass der Name Hedwig-Dohm-Oberschule als einer der wenigen weiblichen Schulnamen auch zukünftig erhalten bleibt.

### *Themen Stadtteilplenum*

November: Vorstellung der Quartiersratskandidaten

Dezember: Vorschulische Erziehung

### Termine:

Fr. + Sa. An diesen Tagen gibt es in der Diakoniegemeinschaft Bethania die Möglichkeit, sich von zwei talentierten Frauen, die Erfahrungen in der Gastronomie sammeln und trainieren möchten, bedienen zu lassen. Vorbei schauen und eine Kleinigkeit in netter Atmosphäre zu sich nehmen lohnt sich! Geöffnet ist von 16 bis 22 Uhr

17.11.09 Das Stadtteilplenum  
Thema: Vorstellung der Kandidaten für den Quartiersrat Moabit West 2009 bis 2011